

Außerordentliche Zentrale Delegiertenkonferenz der  
Volkssolidarität

---

Bericht des Zentralausschusses zu den gegenwärtigen und  
künftigen Aufgaben der Volkssolidarität

---

Liebe Delegierte. liebe Gäste!

Wir befinden uns in einer besonderen Situation - auf einer  
Außerordentlichen Zentralen Delegiertenkonferenz.

Sie werden deshalb keinen Bericht im früher gewohnten Sinne  
hören - sondern eine Bestandsaufnahme der Lage in der  
Volkssolidarität, 6 Monate nach der historischen Wende und  
unsere Gedanken und Vorstellungen über die Entwicklung  
unserer Organisation im Prozeß der Vereinigung beider  
deutscher Staaten.

Auf seiner 6. Tagung am 11. Dezember 1989 hat der Zentral-  
ausschuß der Volkssolidarität in einer Erklärung seiner  
Bestürzung und Empörung über die verfehlte Politik der  
ehemaligen Partei- und Staatsführung Ausdruck verliehen.  
Wir haben auf dieser Tagung und mit dieser Erklärung die  
ersten Schritte getan, uns von den Fesseln und Beschränkungen,  
die die zentralistischen Mechanismen allen Strukturen, also  
auch allen Organisationen auferlegt hatten, frei zu machen.

Die Volkssolidarität war alles andere als besonders  
privilegiert, wie auch die vielen älteren Menschen, die mit  
Mindestrenten leben mußten.

Die Volkssolidarität lebte und lebt vor allem von der  
Einsatzbereitschaft, vom Engagement ihrer Mitglieder, ihrer  
vielen Tausend ehrenamtlichen Helfer und deren Liebe zum  
Menschen.



Sie entwickelte daraus eine nur ihr eigene IDENTITÄT.

- Und die wollen wir auch in den Einigungsprozeß einbringen. -

Die Volkssolidarität tritt also in diese Außerordentliche Zentrale Delegiertenkonferenz als eine traditionsreiche und doch schon veränderte Organisation ein.

Hier und heute kommt es darauf an, diesen eigenen Weg konsequent weiter zu gehen.

Liebe Freunde!

Zu den großen Leistungen in unserem Land gehört es, daß in diesen komplizierten Umbruchzeiten die Ortsgruppen der Volkssolidarität weiter gearbeitet haben und im wesentlichen stabil geblieben sind.

Nach wie vor hat die Volkssolidarität 2 Millionen Mitglieder. Über 197 Tausend sind in der unterschiedlichsten Form als freiwillige Helfer tätig und leisten so Unschätzbares für ihre älteren, insbesondere die auf Hilfe angewiesenen Mitbürger.

Für unsere Organisation fiel die Zeit des Beginns der Wende mit den Wahlen der Ortsausschüsse zusammen. 90 % der Ortsgruppen haben die Wahlen durchgeführt. Auch das ist ein deutliches Zeichen für die im wesentlichen erhalten gebliebene Stabilität. Zugleich waren diese Wahlen eine erste Auseinandersetzung mit den neuen gesellschaftlichen Bedingungen.

Das letzte halbe Jahr brachte uns aber auch viele Probleme und Schwierigkeiten - aus alten Zeiten herrührende und auch ganz neue.



Wir haben Mitglieder verloren und viele Ortsgruppen spürten ein teilweises Nachlassen der Bereitschaft zur ehrenamtlichen Mitarbeit. Wer da keine Abstriche zulassen wollte, übernahm Zusätzliches.

Es gab und gibt die vorgesehenen Veranstaltungen und Ausflüge und die Hilfe für die Nachbarn steht gerade in dieser Zeit hoch im Kurs. Die Geburtstagsglückwünsche durch die Volkssolidarität werden auf keinen Fall vergessen. Das kann jeder morgens im Rundfunk hören.

Zusätzliche Probleme und Sorgen haben unsere Ortsgruppen dadurch, daß sie mehr als bisher auf sich selbst gestellt arbeiten müssen, Betriebe zunehmend Geldprobleme haben und auch die Freistellung für ehrenamtliche Arbeit schwieriger geworden ist.

Die Bemühungen um Stabilität in der Arbeit wurden aber auch belohnt. Rund 34.600 Bürger unseres Landes wurden als neue Mitglieder für unsere Organisation gewonnen.

Mehr als 5.600 waren bereit, als ehrenamtliche Helfer Zeit und Kraft für die älteren Mitbürger aufzubringen.

Das ist die beste Antwort auf die Frage, ob die Volkssolidarität eine Zukunft hat.



Liebe Freunde!

Unter komplizierten Bedingungen haben die Mitarbeiter in der sozialen Betreuung schon immer gearbeitet, die Zeit seit dem Herbst 1989 war jedoch besonders <sup>schwierig</sup> ~~problematisch~~. Und trotzdem können wir sagen, daß die Aufgaben in der Hauswirtschaftspflege und bei der Versorgung mit Mittagessen gelöst wurden.

So spürten die betreuten Bürger, daß unsere Organisation auch in der sehr bewegten Zeit für sie da war und ist. Nicht überall war es jedoch möglich, gut und vor allem ausreichend zu betreuen, denn wir hatten Ende 1989 rd. 1.500 Hauswirtschaftspflegerinnen weniger als ein Jahr zuvor.

Trotzdem stieg auch im vergangenen Jahr die Zahl der Betreuten weiter an und das trifft für die Mittagessenversorgung auch für das I. Quartal 1990 zu.

Zugleich wird aber die Bereitstellung von Mittagessen durch die Lieferbetriebe ständig komplizierter, da Verträge umgangen bzw. gekündigt werden. Das gleiche gilt für den Einsatz von Fahrzeugen durch Betriebe. Dazu kommt, daß höhere Preise für die Lieferung von Mittagessen bereits abverlangt werden bzw. angekündigt wurden.

Erfreulich ist, daß sich die Arbeitskräftelage in einigen Territorien spürbar entspannt.

Eine Reihe von Kreissekretariaten ist jetzt in der Lage, sowohl befähigte Arbeitskräfte einzustellen als auch die



sogenannte "Notversorgung" einzelner Bürger aufzuheben und wieder ausreichend zu betreuen.

Dort, wo doch noch Arbeitskräftemangel bestand, war es ab 7. Mai möglich, Zivildienstleistende einzusetzen.

Im wahrsten Sinne des Wortes erkämpft haben wir die seit 1. 3. 1990 wirksam gewordene Lohnerhöhung von insgesamt 40 Millionen Mark für Hauswirtschaftspflegerinnen und ihre Gruppenleiter.

Sowohl diese Maßnahmen als auch die Regelung des Zentralausschusses der Volkssolidarität zur Gewährung von Treueurlaub sehen wir als geeignete Methoden an, Stammebelegschaften zu entwickeln.

Ausdruck der Stabilität und Handlungsfähigkeit der gesamten Organisation Volkssolidarität ist auch die Tatsache, daß unsere nahezu 1.000 Klubs und Treffpunkte älteren Bürgern als Begegnungs- und Veranstaltungsstätten offen standen und stehen.

Trotz teilweise erheblicher personeller und materieller Probleme gelang es, einen qualitativen und quantitativen Rückgang bei der geistig-kulturellen Betreuung der Senioren zu verhindern. Das betrifft sowohl Veranstaltungen aller Art als auch die Zirkeltätigkeit.

Viele ältere Menschen fanden in den Leitern und Mitarbeitern der Klubs und Treffpunkte Gesprächspartner und Berater, die ihnen helfen, mit den Veränderungen in unserem Leben zurecht zu kommen. Und - dennoch: viele Fragen alter



Menschen bleiben noch offen, Befürchtungen und ernste Sorgen bestehen weiter. Das macht die persönliche Zuwendung und das Gespräch nur noch notwendiger. Ein Höchstmaß an menschlichem Verständnis wurde unseren Kollegen in den Klubs und Treffpunkten abverlangt. Und anerkennend können wir sagen; sie haben es auch gegeben.

Allerdings wirken auch einige negative Faktoren. Eine Reihe bisheriger gesellschaftlicher Partner sind ausgefallen. Die Mitstreiter und Helfer in unseren Ortsgruppen und Klubs waren bemüht, durch zusätzliche Eigeninitiative dieses Defizit auszugleichen. Dabei entstanden auch Beziehungen zu neuen gesellschaftlichen Partnern.

Werte Delegierte!

Aus finanzpolitischer Sicht war die Organisation in den letzten drei Jahren in der Lage, die vorgesehenen Aufgaben im großen und ganzen zu finanzieren. Das gelang durch die Erfüllung der Einnahmepläne bei Mitgliedsbeiträgen, beim Verkauf von Sondermarken und bei der Listensammlung.



Darüber hinaus wurden jährlich zwischen 24 und 26 Millionen Mark aus Mitteln des zentralen Staatshaushaltes bereitgestellt.

Das gleiche gilt für die Finanzierung der Hauswirtschaftspflege und der Mittagessenversorgung. Damit war bisher das notwendige Geld vorhanden, um die Betreuungsarbeit durchführen zu können. Wir erwarteten natürlich auch einen Anteil aus beschlagnahmten bzw. frei werdenden finanziellen und materiellen Mitteln. Erhalten haben wir vom FDGB 7,2 Millionen Mark. Hierfür sagen wir unseren Dank. Wir akzeptieren, daß der größere Teil der von der FDJ insgesamt zurückgegebenen 50 Millionen Mark für Feierabend- und Pflegeheime zur Verfügung gestellt wurde. Auch das ist im Sinne unseres humanistischen Anliegens.

Die per 31. März 1990 ausgewiesenen Finanzergebnisse unserer Organisation zeigen das bisher gute Bild nicht mehr.

Die allgemeine Unsicherheit im Lande wirkte sich auch bei uns aus. So wurden nur von 83,5 % der Mitglieder die Beiträge kassiert und abgerechnet.

Das bedeutet rd. 975 Tausend Mark Nichterfüllung bei den Geldeinnahmen. Ähnliche Ausfälle, wenn auch nicht in dieser Höhe, gibt es bei Sondermarken.

Eine der Ursachen dafür liegt auch im Rückgang des Mitgliederbestandes, trotz der vorgenannten Neuworbungen, um mehr als 121.500.

Es ist deshalb unbedingt notwendig, wirklich von allen Mitgliedern die Beiträge zu kassieren und gleichzeitig neue Mitglieder zu werben.



Wir möchten an dieser Stelle auch eindeutig und unmißverständlich sagen, daß die Volkssolidarität zu jeder Zeit alle ihre Mittel voll für die Betreuung eingesetzt hat.

Sie verfügt aber weder über Vermögen, Immobilien oder Betriebe. Das sei auch denen gesagt, die uns derartige Besitztümer immer wieder unterstellen wollen.

Liebe Freunde!

Aus dem bisher Gesagten ergibt sich:

Die sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnisse brachten und bringen auf allen Gebieten unserer Arbeit viele neue Probleme. Wir haben uns ihnen gestellt, weil sich uns gleichzeitig neue Möglichkeiten eröffnen. Ideenreich, mit Mut und Können werden wir sie nutzen.

Für die vielen guten Leistungen, das hohe Engagement und die disziplinierte Arbeit, die im vergangenen halben Jahr von unseren Freunden in den Ortsgruppen, den Brigaden der Hauswirtschaftspflege, in den Klubs und Treffpunkten, in allen Sekretariaten und Ausschüssen erbracht wurden, danken der Zentralausschuß und sein Präsidium ganz herzlich.

Liebe Delegierte, liebe Gäste!

Auf der 6. Tagung des Zentralausschusses wurden alle Passagen in der Satzung gestrichen, die den veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen nicht mehr entsprachen.

Das alte Arbeitsprogramm wurde außer Kraft gesetzt.

Der Vorsitzende des Zentralausschusses trat zurück, der Zentralausschuß beauftragte seine beiden Stellvertreter mit der gleichberechtigten, paritätischen, gemeinsamen



Leitung der Volkssolidarität bis zur Außerordentlichen Zentralen Delegiertenkonferenz.

Das bisherige Sekretariat des Zentralausschusses wurde von seiner Funktion entbunden und ein 5köpfiges Arbeitssekretariat zur Sicherung der Arbeit bis zu dieser Konferenz gewählt. Die auf der 6. Tagung verabschiedete Erklärung wurde zur Arbeitsgrundlage.

Wir hatten dort u. a. unsere Absicht formuliert, neue Formen und Möglichkeiten des Gedankenaustausches mit bisherigen, sich verändernden und sich neu bildenden Vereinigungen zu suchen.

Dazu wurden in Berlin, gemeinsam durch Arbeitssekretariat und Bezirkssekretariat Gesprächsrunden durchgeführt mit dem Generalthema "Ältere Bürger in der DDR" und jeweils einem konkreten Thema wie soziale bzw. kulturelle Betreuung, Einsamkeit im Alter u. a.

Dazu wurden auch Wissenschaftler eingeladen, weil die künftige engere Zusammenarbeit mit der Wissenschaft eine weitere Zielstellung der Erklärung war.

Wir können sagen, daß an diesen Gesprächen Vertreter des Neuen Forums, der Inneren Mission, neuer Rentnerverbände, des paritätischen Wohlfahrtsverbandes Westberlins, des DRK und natürlich von Rundfunk und Presse teilnahmen.

Ähnliche Gesprächsrunden hat es im ganzen Lande, in vielen Kreisen und Bezirken gegeben.



Die Volkssolidarität hat sich ihrerseits an Zusammenkünften der neuen Rentnerverbände beteiligt. Inzwischen hat sich ein Koordinierungsrat dieser Verbände konstituiert.

Wir schlagen vor, daß die Volkssolidarität dort fördernd und beratend mitwirkt, das sie von allen dort vertretenen Rentnerverbänden als wichtiger Partner angesehen wird.

In der Zeit bis zum 18. März spielte der Runde Tisch eine große Rolle.

Mitglieder des Arbeitssekretariats waren in der Arbeitsgruppe des zentralen Runden Tisches, die sich mit sozialpolitischen Themen befaßte, vertreten.

Und als der Entwurf der Sozialcharta am Runden Tisch behandelt wurde, nahmen wir teil, erhielten Rederecht und konnten unsere Vorschläge einbringen.

In den Bezirken und Kreisen war es unterschiedlich.

Vertreter der Volkssolidarität saßen z. T. mit beschließender bzw. beratender Stimme an den jeweiligen Runden Tischen.

Damit hatte die Volkssolidarität, wenn auch regional verschieden, die Möglichkeit, an der Erarbeitung und Diskussion von Gesetzesentwürfen und Entscheidungen, die mittel- oder unmittelbar das Leben der älteren Bürger betreffen, mitzuwirken.



Liebe Freunde, in der Erklärung vom 11. Dezember heißt es, die Volkssolidarität beansprucht Mitspracherecht in den Volksvertretungen aller Ebenen.

Das Gesetz zu den Wahlen zur Volkskammer am 18. März ließ die Nominierung eigener Kandidaten der Volkssolidarität als überparteiliche, gemeinnützige Organisation nicht zu. Deshalb übermittelte das Präsidium des Zentralausschusses der Volkskammer und den Parteien und politischen Vereinigungen, die sich zur Wahl stellten, Forderungen, die die Lebensinteressen älterer Menschen insgesamt betrafen.

Dieser Standpunkt des Präsidiums ist in der ganzen Organisation als Argumentationsmaterial verbreitet worden. Bei den Kommunalwahlen lagen die Dinge anders. Das Gesetz zu diesen Wahlen am 6. Mai gestattete im Unterschied zu den Volkskammerwahlen auch gesellschaftlichen Organisationen, die landesweit organisiert und entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen registriert sind, die Aufstellung eigener Kandidaten. Doch dieser Passus - und das haben unsere Mitstreiter in den Kreisen und Bezirken recht deutlich zu spüren bekommen - wurde sehr unterschiedlich ausgelegt. Obwohl sich die Volkssolidarität rechtzeitig und entsprechend dem Vereinigungsgesetz beim zuständigen Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte registrieren ließ und landesweit organisiert ist, verlangten mehrere Kreiswahlkommissionen, daß wir für jeden Kandidaten eine entsprechende Unterstützungserklärung zu bringen hätten.



Diese Handhabung widersprach den Festlegungen im Gesetz über die Kommunalwahlen und führte zu einer Beschwerde über die Benachteiligung der Volkssolidarität bei der Aufstellung von Kandidaten an die Vorsitzende der Wahlkommission der DDR.

Die Wahlkommission der DDR korrigierte dann Fehlentscheidungen und wir konnten, wenn auch bis zum letzten Tag mit Schwierigkeiten eigene Kandidaten aufstellen. Das Wahlergebnis für unsere Organisation können wir insgesamt positiv werten.

Knapp 1/2 % aller Stimmen in der Republik ist, so meine ich, unter den gegebenen Bedingungen ein Erfolg.

Die besten Ergebnisse erreichten wir dort, wo die Arbeit der Volkssolidarität anerkannt und bekannt ist und wo angesehene und integere Persönlichkeiten für uns kandidieren. Am besten hat unsere Organisation im Bezirk Rostock abgeschnitten. Bezirksweit 2 % und in Ribnitz-Dammgarten 6,8 % aller Stimmen.

Nach der Wahl haben wir jetzt zu beachten, daß wir bei allen Fragen der Koalition und des Zusammengehens mit anderen unseren parteipolitisch unabhängigen Status bewahren, zugleich aber offen für Zusammenarbeit mit allen sind, denen es gleich uns um das Wohl der älteren und hilfsbedürftigen Menschen geht. Jetzt gilt es unsere Abgeordneten so zu unterstützen, daß sie die in der Erklärung des Präsidiums zu den Kommunalwahlen erhobenen Forderungen auch durchsetzen können.



Liebe Freunde!

Ein Wort zum Erscheinungsbild der Volkssolidarität in den zentralen Medien. Ich hatte vorhin erwähnt, daß der Rundfunk an unseren Gesprächsrunden teilgenommen und dort auch Interviews aufgenommen hat.

Das gleiche gilt für die ZA-Tagungen und darüber hinaus gab es viele Sendungen, in denen Vertreter der Volkssolidarität zu Wort kamen bzw. für Fragen zur Verfügung standen. Auf unseren Rundfunksendern waren wir also sehr oft präsent.

Der Deutsche Fernsehfunk war zurückhaltender. Er hat über die Tagung berichtet, Freund Biedermann, war unmittelbar live in der Aktuellen Kamera, und Vertreter des Arbeitssekretariats saßen am Runden Tisch beim Generalintendanten. In den <sup>Zentralen</sup> Zeitungen war <sup>leider</sup> nur selten etwas über uns zu lesen, da im Zuge der Pressefreiheit jedes Blatt selbst entscheidet, ob und was und wieviel veröffentlicht wird. Wir haben jedenfalls über jedes Problem der vergangenen Monate eine Meldung an ADN gegeben, oft ohne entsprechendes Echo.

In diesem Zusammenhang ein Wort zu einem neuen Zeitschriftenprojekt des Zentralausschusses. Wir werden gemeinsam mit einem westberliner Verlag anstelle des "Volkshelfers" eine neue Zeitschrift unter dem Titel "Seniorenjournal" herausgeben.



Das erste Heft wird in den nächsten Tagen über unseren Verteiler und über die Kioske erhältlich sein.

Die Probleme der Volkssolidarität, vor allem aber älterer Menschen im allgemeinen werden gleichberechtigter Bestandteil dieser neuen, vorerst 48-seitigen, farbigen Monatsschrift sein. Allerdings können wir diese, wesentlich kostenaufwendigere Zeitschrift, nicht mehr verschenken. Am Kiosk wird sie 2,50 M kosten, für Abonnenten der Volkssolidarität nur 1,50 M.

Von diesen 1,50 M bleiben pro verkauftem Heft 0,50 M in der Ortsgruppe und 1,00 M wird über die Kreissekretariate an den Zentralaussschuß abgerechnet. Wir sind sicher, daß die neue Zeitschrift angenommen wird, viele Leser findet und gleichzeitig zu einer weiteren Einnahmequelle für die Ortsgruppen wird.

Die Redaktion hofft auch in Zukunft auf die Mitarbeit der Leser, allerdings möchte sie vor allem Hinweise bzw. Angebote von vorgesehenen Veranstaltungen haben, damit diese dann auch viele Besucher finden.

Das ist bei einem Vorlauf von nur 3 Wochen sicher möglich.

Liebe Delegierte, liebe Gäste!

Der Übergang zu marktwirtschaftlichen Verhältnissen und der Prozeß der Vereinigung der beiden Deutschen Staaten ist auch für die Volkssolidarität mit tiefgreifenden Konsequenzen verbunden.



Mehr als je zuvor werden die Ortsgruppen unserer Organisation selbst entscheiden können und müssen, was sie im Interesse der in ihrem Einzugsbereich lebenden älteren Menschen tun wollen. Und sie sollen auch selbst entscheiden, welche Vorteile und Vergünstigungen sie ihren Mitgliedern gewähren.

Die Möglichkeiten, Niveauvolles zu bieten, werden sich - und davon gehen wir aus - positiv entwickeln.

Angebote für Ausflüge, Vorträge, für die Gestaltung von Veranstaltungen, die Geselligkeit und Kunstgenuß verbinden, müssen wir klug zu nutzen lernen, d.h. zu beeinflussen und ggf. zu provozieren. Wir haben also Erwartungen und Forderungen, daß Reisebüros, Volkshochschulen, alle Kulturinstitutionen unseres Landes sich den Ansprüchen der älteren Generation stellen.

Unsere Ortsgruppen haben weiter zu überlegen - und das ist bereits seit längerem eines ihrer ständigen Probleme - wie die ganze Arbeit zu finanzieren ist. Vor höheren Ansprüchen an die Eigenfinanzierung durch Veranstaltungsteilnehmer sollten wir nicht zurückschrecken; aber gleichzeitig sollen das ausgewogene, eventuell differenzierte Lösungen sein, damit die Beteiligung an unseren Veranstaltungen wirklich jedem Rentner möglich bleibt. Wir haben weiter auch allen Anlaß, neue Partner zu suchen und Betriebe und Kommunen zum Mittragen von kulturellen Betreuungsleistungen zu veranlassen, denn was unsere Ortsgruppen tun, ist in hohem Maße gemeinnützig und humanitär und verdient somit öffentliche Förderung.



In bezug auf die organisationsinternen Finanzierungsregelungen hat es in den letzten Monaten erste praktische Veränderungen gegeben. Der seit langem bestehenden Forderung der Ortsgruppen nach höheren Anteilen aus den Mitgliedsbeiträgen und Listensammlungseinnahmen wurde entsprochen. Von bisher 30 % wurde der in den Ortsgruppen bleibende Anteil auf 50 % erhöht, wie das bisher schon beim Sondermarkenverkauf üblich war.

Übrigens: Auf zentraler Ebene wurden 2 % der Einnahmen aus Beiträgen und Sammlung verwendet, auf der Ebene der Bezirke 6,3 % und bei den Kreisen 3,5 %.

Gerade den Zusammenhang von eigenen Einnahmen, Gemeinnützigkeit und Verfügung über Mittel der öffentlichen Hand - ~~sind staatliche, also Steuergelder~~ - werden wir in Zukunft sehr zu beachten haben. Denn es wird gesetzliche Regelungen geben, die die Bereitstellung von Mitteln der öffentlichen Hand von der Realisierung der eigenen Einnahmen der Organisation abhängig machen. Der Kampf um hohe eigene Einnahmen wird also künftig noch zwingender als bisher unabdingbare Grundlage der Existenz und des Wirkens der Volkssolidarität für ältere und hilfsbedürftige Menschen sein.

Die Diskussion für oder gegen eine Listensammlung sollten wir also beenden. Denn außer dieser Sammlung werden wir künftig noch viele andere Quellen für eigene Einnahmen erschließen müssen.



Gerade in unserer Zeit, wo eine Anpassung an andere, bisher nicht gewöhnte Bedingungen stattfindet, ist die Sorge um jene alten Menschen, die auf Unterstützung anderer angewiesen sind, ein besonders dringliches humanistisches Gebot. Nachbarschaftshilfe, so wie sie durch die Ortsgruppen unserer Organisation organisiert und geleistet wird, muß daher im Zentrum unserer Bemühungen bleiben. Ja, diese Seite unserer Tätigkeit werden wir weiter auszubauen haben. Und zwar vor allem deshalb, weil wir aus Verhältnissen kommen, in denen soziale Sicherheit auf einem, allerdings relativ niedrigen Niveau, mit der Gießkanne für alle gleichmäßig verteilt wurde.

Jetzt wachsen wir aber in Verhältnisse hinein, in denen sich zunächst jeder um seine Sicherheit selbst kümmern muß. Soziale Sicherheit wird auf einem wachsenden, höheren Niveau möglich werden.

Soziale Rechte und Sicherungen wird es geben. Aber nichts wird mehr von allein und für alle gleichmäßig kommen.

Jeder wird seine Rechtsansprüche selber einfordern und die jeweiligen Leistungen beantragen müssen, damit er das, was ihm rechts <sup>aus</sup> zusteht, auch erhält.

Und wir, die Volkssolidarität, werden den älteren Menschen erklären müssen, was zu tun ist, damit sie zu ihrem Recht kommen und ihnen dabei helfen. Viele werden sich wie Bittsteller vorkommen, und wir werden immer wieder betonen müssen, daß es schließlich um die volle Ausschöpfung dessen geht, was den Menschen von Rechts wegen zusteht.



Wir werden also zu denen gehören, die aufpassen, daß die nötigen sozialen Netze aufgespannt werden und daß möglichst niemand durch diese Netze fällt. Das gilt im Großen wie im Kleinen. Präsidium und Arbeitssekretariat haben sich in den letzten Monaten immer wieder an die Volkskammer und Volkskammerausschüsse, an Parteien, direkt an den Ministerpräsidenten und an für unsere Arbeit relevante Minister gewandt. Dabei ging es um die Konsequenzen aus der Währungsunion, Rentenfragen, Fragen der Mieten und Spareinlagen, des Wohnrechts bis zu Fragen der materiellen und finanziellen Sicherung unserer Betreuungsleistungen. Dieses Herangehen <sup>ist zwingend</sup> für die ganze Organisation bis zu den Ortsgruppen, die ihre Ansprüche in der Gemeinde bzw. in der Stadt selber geltend zu machen haben.

Nachbarschaftshilfe wird künftig noch stärker mit Selbsthilfe verbunden sein. Alte helfen Alten - mit diesem Schlagwort ist eine Praxis gemeint, die es in den verschiedensten Formen auch schon bisher in der Volkssolidarität gegeben hat; schon allein deswegen, weil viele unserer ehrenamtlichen Helfer selbst Senioren sind.

Selbsthilfegruppen älterer Menschen sollen in unseren Ortsgruppen und Klubs Bedingungen für ihr eigenes Wirken finden; sie sollen unsere Unterstützung haben.



Und wir sollten daran denken, daß die Einbeziehung der jetzt wachsenden Zahl von Vorrentnern in solche Gruppen nur nützlich sein kann und vielen Menschen hilft, sinnvolle Lebensinhalte zu erhalten.

Alles in Allem: Neben dem Bewährten, dem unbedingt Fortzusetzenden, wird das Profil unserer Ortsgruppen künftig viel Neues enthalten und noch vielseitiger, unterschiedlicher und bunter werden.



Liebe Freundinnen und Freunde!

Hauswirtschaftspflege und Mittagessenversorgung werden auch weiterhin wichtige Leistungen der Volkssolidarität bleiben. Es wird jedoch nicht mehr möglich sein, diese Arbeit unter den uns bekannten zum Teil unzureichenden Bedingungen zu leisten. Zudem sind demographische Trends zu beachten. Die Lebenserwartung wird zunehmen. Ein heute 60jähriger wird durchschnittlich weitere 17, eine 60jährige weitere 21 Lebensjahre haben.

Die Bevölkerungspyramide wird sich nahezu umkehren; es wird bald mehr Alte als Kinder geben und unter den Rentnern wird der Anteil der älteren relativ größer werden.

Da die Lebensqualität vieler älterer Bürger gegenwärtig unbefriedigend ist und die Bevölkerungsentwicklung neue Anforderungen an die soziale und medizinische Betreuung stellt, bedarf es einer völlig neuen Altenpolitik.

Altenpolitik ist generell unter dem Gesichtspunkt der Erhaltung der Selbständigkeit und der Selbstbestimmung altgewordener Menschen sowie ihrer sozialen Integration anzulegen.

Das ist umso wichtiger, als es im Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten um eine grundsätzliche Umorientierung der gesamten sozialen Betreuung - natürlich auch der Leistungen unserer Organisation - auf marktwirtschaftlich geordnete Sozialarbeit geht.



Die Volkssolidarität steht in der Pflicht, daß ihre zu tun, damit dieser Prozeß in eine bessere Versorgung der Hilfsbedürftigen mündet und nicht in eine Verschlechterung ihrer Lebenslage.

Die Volkssolidarität wird sich, ihrer guten Traditionen folgend, vor allem der Nachbarschaftshilfe, der ambulanten Versorgung der älteren Bürger durch soziale Dienste und der Versorgung mit Mittagessen widmen. Auch in einem vereinten Deutschland wird die Nachbarschaftshilfe die erste Form der Hilfe sein müssen. Sie ist auch in der Bundesrepublik ausgeprägt. Je größer unsere Aufmerksamkeit für diese Betreuungsform ist, umso besser werden wir in der Lage sein, die bezahlte Hauspflege effektiv und für den Betreuten wirksam durchzuführen.

Gerade auf dem Gebiet der Hauswirtschaftspflege wird unsere Organisation sehr rasch umlernen müssen, damit die Planung, Leitung und Finanzierung dieser Arbeit funktioniert und Reibungsverluste bei der Umstellung der Arbeit auf die Bedingungen der Marktwirtschaft nicht zu Lasten der Betreuungsbedürftigen gehen. Wir werden unsere Leistungsangebote mit den anderen Leistungsträgern in der Sozialarbeit abzustimmen haben, um zu erreichen, daß in den Kommunen und Kreisen die erforderlichen Planungen im Finanzhaushalt für 1991 vorgenommen werden.

Künftig wird die Planung und Finanzierung von Leistungen auf der Ebene erfolgen, auf der die Leistungen erbracht werden.



Das gilt selbstverständlich auch für die Mittagessenversorgung. Es wird also viel Neues auf uns zukommen; z. B. Sozialstationen, vor allem in großen Städten wird es sie geben. Verschiedene Kreise bereiten das schon vor. Gegenwärtig ist der Träger zumeist noch das staatliche Sozialwesen. Künftig sollten es aber, wie in der Bundesrepublik, soziale Organisationen sein.

Auch wir werden derartige Stationen leiten und ihr Träger sein. Unsere Aufgabe ist es, mit den Abteilungen Gesundheits- und Sozialwesen, mit dem DRK und anderen Partnern schnellstens Einigung zu erreichen, welche Formen der Kooperation bzw. Arbeitsteilung im ambulanten Bereich jeweils am günstigsten ist. Das wird auch die Ausbildungsmaßnahmen für Hauswirtschaftspflegerinnen und -pfleger bestimmen müssen. Eine einseitige Orientierung auf Hauswirtschaftspflege wird in Zukunft nicht mehr ausreichen. Uns am nächsten steht die von Sozialstationen vermittelte Hauspflege. Sie ist eine persönliche Hilfe, die sowohl pflegerische wie auch hauswirtschaftliche Aufgaben enthält.

Wir können uns gut vorstellen, daß auch größere Klubs und Treffpunkte der Volkssolidarität Sozialstationen beherbergen. Wir werden lernen müssen, die finanziellen Angelegenheiten im Rahmen marktwirtschaftlicher Bedingungen zu klären, dabei aber das "Soziale" nicht zu vergessen.



Für die Versorgung mit Mittagessen wird in Zukunft Vielseitigkeit gefragt sein. Das heißt Möglichkeiten zu schaffen, daß alle älteren Bürger, die es wünschen, bei entsprechender Bezahlung ein Mittagessen erhalten. Für uns bedeutet das, die jahrelangen guten Beziehungen zu Betrieben, Einrichtungen u. a. aufrechtzuerhalten, die uns Mittagessen liefern.

Wir werden aber auch Angebote von anderen Firmen annehmen, die von der Versorgung mit Tiefkühlkost, über Assiettenversorgung bis zu warmen Mahlzeiten reichen. Und wir werden uns gegebenenfalls auch an Großküchen beteiligen.

Bei all diesen Leistungsangeboten, haben unsere Geschäftsstellen in den Kreisen zu überlegen und zu entscheiden, wie hoch der Kostenanteil der Rentner sein kann. Welche Mittel in den Haushalten der Kommunen zu planen sind, müssen wir dann im Interesse der Rentner aushandeln.

Bei allen neuen Möglichkeiten muß natürlich gesichert bleiben, daß dort, wo es nötig ist, der Helfer täglich die warme Mahlzeit in die Wohnung bringt.

Alles in allem - die Umstellung auf die Marktwirtschaft soll schließlich zu einer realen Verbesserung der Versorgung hilfsbedürftiger und alter Menschen führen - dafür steht die Volkssolidarität ein.



Verehrte Freunde!

Mit der künftigen Entwicklung werden sich auch für unsere Klubs und Treffpunkte neue Anforderungen ergeben.

Klubprogramme, die in Qualität und Vielfalt den Bedürfnissen der in das Rentenalter eintretenden Menschen entsprechen, werden wichtiger als bisher; denn Anziehungskraft und Beliebtheit unserer Einrichtungen werden Grundbedingung für ihr Weiterbestehen und ihre Weiterentwicklung sein. Zugleich bleibt es Aufgabe aller Klubs und Treffpunkte, insbesondere für Alleinstehende und Hochbetagte ein zweites Zuhause zu sein.

Wir müssen aber auch neue Projekte entwickeln und fördern, z. B. die Profilierung geeigneter Einrichtungen zu "Kultur- und Freizeitzentren für Senioren", - die an einigen Stellen bereits begonnen hat.

Es geht uns dabei um die Kombination von Veranstaltungs- vielfalt, offener Zirkelarbeit, Sportangebot, Beratungsstelle, Dienstleistungseinrichtung bzw. -vermittlung und einer Art Gaststättenbetrieb.

Erforderlich ist genauso, erprobte Modelle der Klubarbeit weiterzuführen.

Wir denken hierbei u. a. an die Kombination von Hobbywerkstätten und Klub, an Volkstrachtenpflege, - verbunden mit öffentlicher Vorführung oder an Veranstaltungsprogramme mit einem besonderen Lokalkolorit.



Es wird aber auch in der Klubarbeit ein neues Herangehen an die Finanzierungsweise nötig sein.

Im Rahmen der Durchsetzung der Kommunalhoheit werden alle Fragen der kulturellen Infrastruktur in den Gemeinden, den Städten oder Kreisen zu regeln sein. Wir werden also um Mittel aus dem Haushalt der Kommunen kämpfen müssen, damit die Bedingungen für das Kulturleben älterer Menschen nicht schlechter werden, sondern sich schrittweise entwickeln. Die Zusammenarbeit mit den Räten wird, wenn auch schwieriger als früher, so doch effektiver sein. Dort wird künftig - eingeordnet in die gesamte Gestaltung der Infrastruktur - auch entschieden, wo neue Klubs der Volkssolidarität in welchem Umfang und Profil geschaffen werden. Und dort wird auch zu sichern sein, daß alle älteren Menschen Möglichkeiten für Begegnung, Geselligkeit und Kulturgenuß in Anspruch nehmen können. Die Kosten für die Kulturarbeit werden wir in erster Linie aus Eintrittsgeldern für Veranstaltungen, aus Kostenbeteiligungen bei Ausflügen, aus Gebühren für Zirkelteilnahme sowie aus Basaren bestreiten.

Einnahmen werden wir auch aus wirtschaftlicher Tätigkeit, z. B. Gastronomie oder Miete von Fremdnutzern haben.



Kulturmittel stehen uns natürlich wie bisher aus Beitrags-  
einnahmen und aus der Listensammlung zur Verfügung.

Wir müssen aber unbedingt weiterhin Kontakte zu Betrieben  
und Institutionen halten und nutzen, selbst wenn diese zur  
Zeit eigene Probleme haben.

Und warum sollte eigentlich der Bäcker aus der Nachbarschaft,  
der die Klubs mit Kuchen und Brötchen beliefert, eine  
finanzielle Stützung unserer Kulturarbeit nicht als Werbung  
nutzen dürfen.

Wenn auch vieles in bezug auf die weitere Arbeit unserer  
Kultureinrichtungen erst noch zu klären ist - sicher ist,  
daß sowohl ansprechende gastronomische Versorgung als auch  
die Beratung älterer Menschen zum Profil unserer Klubs gehören  
wird. Getragen sein wird dieses Profil von einem niveauvollen,  
eigene Aktivität fördernden Kulturangebot und von sozialen  
Betreuungsleistungen zugleich. Kulturarbeit in der Volkssoli-  
darität soll künftig noch mehr Spaß und Freude bringen.

Liebe Delegierte und Gäste!

Zu den grundlegenden Beschlüssen, die unsere Delegiertenkonferenz  
fassen wird, gehört die neue ~~Fassung~~ *Satzung*.

Ihr Entwurf wurde von der Zentralaussschußtagung am 28. 2. 1990  
der Organisation zur Diskussion vorgelegt. Als er vorbereitet



wurde, lag das neue Vereinigungsgesetz noch nicht vor. Viele Erkenntnisse über künftige Erfordernisse sind ebenfalls erst nach der Zentralausschußtagung zustande gekommen.

Inzwischen hat eine breite Diskussion stattgefunden. Alle Zuschriften sind der auf der gleichen ZA-Tagung gebildeten Antragskommission zugeleitet worden. Sie wird der Delegiertenkonferenz ihren Bericht vorlegen.

Grundsätzlich ist zu sagen, daß unsere neue Satzung föderalistisch sein wird und daß sie der Arbeitsweise unserer Organisation den rechtlichen und organisatorischen Rahmen gibt.

Zur praktizierten Demokratie gehört, daß die Vorstände auf Landes-, Kreis- und Ortsebene vollen Handlungsspielraum zur Wahrnehmung ihrer Verantwortung haben. Unsere Satzung hat orientierenden Charakter und definiert in diesem Sinne auch den Rahmen für künftige Ländersatzungen.

Einige grundsätzliche Unterschiede zur früheren Satzung möchte ich hervorheben:

Der demokratische Entscheidungsprozeß über die Arbeitsinhalte wird dort stattfinden, wo die jeweilige Arbeit zu leisten ist. Das eröffnet neue Möglichkeiten und gestattet kurzfristige und vor allem konkret problemorientierte Leitungsentscheidungen, die sowohl von einer großen Mehrheit als auch von den kommunalen Gegebenheiten getragen werden.



In diesem Sinne dürfen die Beschlüsse vorgeordneter Ebenen keine Reglementierungen enthalten, sondern müssen den Arbeitsprozeß durch das Setzen von Eckpunkten und Rahmenbedingungen fördern. Daraus resultieren selbstverständlich auch Konsequenzen für die Richtlinien auf den einzelnen Arbeitsgebieten.

Zum demokratischen Selbstverständnis gehören Information und Prüfung durch den vorgeordneten Vorstand und vor allem die Rechenschaftslegung auf der jeweiligen Leitungsebene vor dem gewählten Organ und direkt vor der Basis.

Konsequenterweise geht die neue Satzung von einer strikten Trennung der demokratischen Entscheidung vom hauptamtlichen Apparat der einzelnen Leitungsebenen aus. Das bedingt zweckorientierte und kameradschaftliche Zusammenarbeit von Vorstand und Geschäftsstelle.

Arbeitsgrundsätze und Satzung sind der Rahmen unserer gesamten Tätigkeit. In diesem Rahmen gilt aber: "Was nicht ausdrücklich verboten ist, ist erlaubt".

Das mag zwar eine flotte Formulierung sein, trifft aber den Kern der Dinge genau. Heute sind abgewogene Risikobereitschaft, Kreativität und ausschließlich sachorientierte - auf das Leben älterer und hilfsbedürftiger Menschen bezogene - Eigeninitiative gefordert. Damit wird die Wechselbeziehung zwischen Freiheit und Verantwortung in der Arbeit der Vorstände und ihrer Geschäftsstellen sehr konkret.



Liebe Delegierte und liebe Gäste!

Der gesamte Prozeß der Um- und Neuprofilierung unserer Organisation als Interessenvertreter und Interessenverband für Senioren und Rentner und zugleich als Träger von sozialen Leistungen für ältere Menschen und zunehmend für Hilfsbedürftige - unabhängig vom Alter - ist eingebettet in den Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Unsere Position kann nur sein: Weil die Volkssolidarität eine soziale Organisation ist, trägt sie auch Mitverantwortung dafür, daß es auf dem Gebiet der Sozialarbeit für ältere und hilfsbedürftige Menschen zu einem ordentlichen Zusammenwachsen kommt, bei dem möglichst niemand Schaden nimmt. Wir stellen uns dieser Verantwortung, die Helfer und Mitarbeiter der Volkssolidarität tun das tagtäglich.

Den Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR halten wir für einen tragfähigen Kompromiß, wenn auch nicht alle Erwartungen und Forderungen, die wir im Interesse der älteren Generation vorgebracht hatten, berücksichtigt wurden. Die Währungsumstellung wird für viele ältere Menschen Probleme mit sich bringen. Wir sind aber überzeugt, daß die Lebensbedingungen der älteren Generation längerfristig gesehen, sich positiv entwickeln werden.

Heute muß es unser Bestreben sein, alles zu tun, damit in nächster Zeit nicht große Teile der Älteren ins soziale Abseits geraten. Viele träfe das bereits das dritte Mal in ihrem Leben.



Die Volkssolidarität wird die Umsetzung des Staatsvertrages durch die Regierung konstruktiv aber auch kritisch begleiten - im Sinne und zum Wohle der Senioren und Rentner.

Liebe Delegierte und liebe Gäste!

Die Sozialunion zwischen beiden deutschen Staaten bringt uns marktwirtschaftlich orientierte Sozialarbeit. Demgemäß sind Sozialleistungen nach folgendem Prinzip geordnet: Die eigene Verantwortung für die soziale Sicherung hat den Vorrang, und wenn soziale Sicherheit dadurch nicht gewährleistet ist, sieht die weitere Rangfolge vor, daß zunächst die Familie einzutreten hat, als nächster die freie Wohlfahrtspflege und als letzter der Staat in Form der über die Kommunen gewährten Sozialhilfe. In der Bundesrepublik wird schon seit den 60er Jahren der überwiegende Teil der Sozialarbeit - ca. 60 % - durch Verbände der freien Wohlfahrtspflege, denen u. a. auch Mittel der öffentlichen Hand, d. h. staatliche Mittel, zur Verfügung stehen, geleistet. Auf diesem Gebiet sind 6 Spitzenverbände tätig, deren Arbeit sich auf alle Gebiete der sozialen Arbeit im gesamten Bundesgebiet erstreckt. Da die Volkssolidarität jedoch einseitig, konzentriert auf ältere Menschen, und nur auf dem Gebiet der DDR wirkt, ist es für uns ratsam, sich einem dieser Verbände anzuschließen.

Ein Dachverband unter den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege der Bundesrepublik ist der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband. Er ist politisch und konfessionell unabhängig, und das ist für uns ganz wichtig.



Seine ca. 6.000 regionalen und überregionalen Mitglieder sind eigene, als gemeinnützig anerkannte große und kleine Organisationen und Gruppen, die juristisch und organisatorisch völlig selbständig sind. Das heißt, im Rahmen des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, als sein Mitglied, kann die Volkssolidarität ihr Selbstverständnis verwirklichen, können wir unser Weiterbestehen und unsere Weiterentwicklung als selbständige und unabhängige, gemeinnützige Organisation gewährleisten.

Der Zentralausschuß hat sich auf seiner Tagung Ende Februar ein erstes Mal und dann im April bereits ausführlicher mit dieser Problematik beschäftigt. Die Kreissekretäre erhielten im März eine erste Information. Auf seiner April-Tagung beauftragte der Zentralausschuß das Arbeitssekretariat, weitere Verhandlungen mit dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband zu führen.

Dazu wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe aus Vertretern des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und der Volkssolidarität gebildet. Sie nimmt an unserer Konferenz teil. Wir begrüßen sie recht herzlich.

Inzwischen hat sich eine, man kann sagen, von Woche zu Woche enger werdende Kooperation entwickelt.

Kontakte und Gespräche, in denen Übereinstimmung bezüglich des weiteren Zusammengehens erzielt wurde, hat es auch zwischen dem Vorsitzenden des Paritätischen und den stell-  
<sup>enden</sup>~~vertretenden~~ Vorsitzenden des Zentralausschusses gegeben. ]

Die Sekretäre der Bezirksausschüsse konnten sich vor Ort mit praktischer Wohlfahrtsarbeit bekanntmachen.



Auf Länderebene gab es die ersten Informationen und Beratungen mit leitenden Mitarbeiter des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes zu den Fragen unserer künftigen Arbeit und Zusammenarbeit.

Vor 2 Wochen fand in Frankfurt/Main eine erste Deutsch-Deutsche-Konferenz des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes statt. Im Ergebnis der Beratungen entstand eine "Paritätische Arbeitsgemeinschaft in der DDR". Paritätische Landesverbände sind zum Teil ebenfalls bereits in Gründung und arbeiten in dieser republikweiten Arbeitsgemeinschaft mit.

Im Rahmen dieser Arbeitsgemeinschaft, die von den entsprechenden bundesdeutschen Partnern unterstützt wird, haben die 3 mitgliederstärksten Verbände eine besonders enge Zusammenarbeit vereinbart. Es handelt sich um den Arbeiter-Samariter-Bund, den Verband der Kriegs- und Wehrdienststopfer, Behinderten und Sozialrentner Deutschlands (abgekürzt VdK) und die Volkssolidarität.

Die in diesem Rahmen vorgesehene Unterstützung unserer Organisation soll z. B. darin bestehen, daß der VdK Beratungsstellen in unseren Klubs einrichtet, wobei es um Beratungen älterer Menschen in allen Fragen, die ihre Rechte betreffen - also in Rentenfragen, in sozialen Fragen, in Rechtsfragen bis zu Vertretung vor Gericht - geht.

Des weiteren verabschiedete die Konferenz in Frankfurt/Main eine Resolution aller dort aus beiden deutschen Staaten vertretenen Organisationen und Verbände. Die entsprechenden Dokumente - Gründungserklärung der Arbeitsgemeinschaft und Resolution - haben die Delegierten in der Hand.



Liebe Delegierte!

Wir schlagen vor, daß die Außerordentliche Zentrale Delegiertenkonferenz den künftigen Hauptvorstand beauftragt, die Kooperation mit dem Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband weiterzuführen mit dem Ziel, unsere Organisation dann, wenn die rechtlichen Bedingungen dafür gegeben sind, unter das Dach dieses Verbandes zu führen - bei Beibehaltung unserer Eigenständigkeit und in der Gewißheit, uns nicht in ihm auflösen zu müssen.

Das wird ein wichtiger Schritt sein, um unsere Sozialarbeit für Alte und Hilfsbedürftige erfolgreich weiterzuentwickeln.

Liebe Freundinnen und Freunde!

Unsere Außerordentliche Zentrale Delegiertenkonferenz stellt mit ihren Beschlüssen über Arbeitsgrundsätze, über die Satzung, über die Einordnung unserer Organisation in ein funktionstüchtiges System der Sozialarbeit die Weichen für die Zukunft der Volkssolidarität. Wir sind auch künftig offen für die Zusammenarbeit mit allen, denen gleich uns das Wohl der älteren Generation am Herzen liegt.

Wir wollen die Interessen der Senioren, Rentner und der Hilfsbedürftigen im Prozeß der Vereinigung der beiden deutschen Staaten wirksam vertreten.

Laßt uns alles tun, um unsere Volkssolidarität zu erhalten!



B e s c h l u ß p r o t o k o l l  
der Außerordentlichen Zentralen Delegiertenkonferenz  
der Volkssolidarität am 26./27. Mai 1990 in Michelsdorf

---

Sonnabend, 26. Mai 1990

Der vom Vorsitzenden des Nominierungsausschusses, Freund Werner Kraft, unterbreitete Vorschlag zur Zusammensetzung des Tagungspräsidiums wird e i n s t i m m i g bestätigt.

Tagungsleiter Freund Prof. Dr. Gert Wendelborn

- o Die Geschäftsordnung wird dahingehend ergänzt, daß jederzeit mündliche Wortmeldungen und bis zu drei Anfragen zu einzelnen Diskussionsbeiträgen möglich sind.
- o Tagesordnung, Zeitplan, Geschäftsordnung und Wahlordnung werden en bloc e i n s t i m m i g beschlossen,
- o Die Wahl der Mandatsprüfungskommission und der Redaktionskommission sowie die Bestätigung der Antragskommission und des Nominierungsausschusses werden mit 2 G e g e n s t i m m e n en bloc vorgenommen.
- o Der Wahlvorstand wird e i n s t i m m i g beschlossen.

Tagungsleiter Freund Prof. Dr. Hans Regel

- o Der Bericht des Vorsitzenden des Nominierungsausschusses, Freund Werner Kraft, der auf Veränderungen der Kandidaten-vorschläge der einzelnen Länder hinweist, wird mit 4 G e g e n s t i m m e n u n d 3 S t i m m e n t - h a l t u n g e n bestätigt.

Sonntag, 27. Mai 1990

Tagungsleiter Freund Werner Kraft

- o Der Bericht des Vorsitzenden der Antragskommission, Freund Friedrich Rabe, der die auf der Konferenz eingegangenen Anträge beinhaltet, findet ohne Gegenprobe die übergroße Zustimmung der Delegiertenkonferenz.